

Afghanistan-Antrag für die Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen:

Zivilen Aufbau beschleunigen, ISAF-Mandat stärken, OEF beenden

1. Die politische und militärische Lage in Afghanistan ist kritisch. Die Zahl der Terror-Anschläge und Entführungen wächst. Bewaffnete Auseinandersetzungen vor allem mit den Taliban haben wieder zugenommen. Der Drogenanbau blüht und gedeiht. Trotz partieller Erfolge im Bildungswesen, bei der Beteiligung von Frauen und der Entwicklung der legalen Ökonomie geht der Aufbau der Infrastruktur und der staatlichen Strukturen zu langsam voran. Das gilt insbesondere für die afghanische Polizei und die Justiz. Die bis in die Ministerien reichende Korruption untergräbt die ohnehin schwache politische Autorität der Regierung Karsai. Es gibt also ernste Gründe zur Besorgnis über die Erfolgsaussichten des Afghanistan-Engagements der internationalen Staatengemeinschaft.
2. Dies sind allerdings keine Gründe für einen vorschnellen *Rückzug* der Bundesrepublik und der anderen demokratischen Staaten, sondern für eine *kritische Revision* der bisherigen Strategie, verbunden mit einer *Verstärkung* des politischen und zivilen Engagements.
3. Rückzug des Westens jetzt, das hieße: Rückfall Afghanistans in den Bürgerkrieg und Rückkehr der Taliban an die Macht. Wir dürfen die demokratischen Kräfte im Land nicht im Stich lassen, die auf die politische und militärische Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft angewiesen sind. Ein Abzug der internationalen Gemeinschaft, bevor rechtsstaatliche Strukturen in Afghanistan aufgebaut sind und das Land sich selbst verteidigen kann, wäre ein schwerer Rückschlag für die Vereinten Nationen. Eine weitere Folge wäre die Stärkung radikal-islamischer Kräfte in der gesamten Region – mit absehbar negativen Auswirkungen für die internationale Sicherheit.
4. *Ein militärischer Rückzug der Bundesrepublik im Alleingang wäre das glatte Gegenteil multilateraler Politik.* Eine solche Aufkündigung der Bündnissolidarität (auch gegenüber Kanada und unseren in Afghanistan engagierten europäischen Partnern) hätte gravierende Auswirkungen auf NATO und GASP, also auf die Sicherheitslage der Bundesrepublik selbst. Strategische Entscheidungen müssen im Rahmen der Bündnisse getroffen werden, in denen wir sicherheitspolitisch verankert sind. *Wir sprechen uns deshalb gegen einen deutschen Sonderweg in Afghanistan aus.*
5. Es geht nicht um „Durchhalten um jeden Preis“, sondern um die Bereitstellung der Kräfte und Mittel, die notwendig sind, um die drei legitimen Ziele der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan zu erreichen: Die Errichtung handlungsfähiger staatlicher Strukturen, die Gewährleistung der Menschenrechte sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch die einheimische Armee, Polizei und Justiz. Entscheidend für den Erfolg dieser Mission wird sein, dass sich die Lebensbedingungen der Menschen im ganzen Land stetig verbessern.
6. In Afghanistan steht viel auf dem Spiel: nicht nur die Frage, ob das Land wieder in die Hand von religiösen Fanatikern und politischen Extremisten fällt, sondern die Frage der regionalen Stabilität ebenso wie Autorität und Glaubwürdigkeit der demokratischen Staatengemeinschaft. *Afghanistan ist eine Bewährungsprobe für die*

Fähigkeit zum „State Building“ in einem rückständigen, von Kriegen und Bürgerkriegen zerrissenen Land. Das braucht einen langen Atem und eine koordinierte zivile und militärische Anstrengung. Vorrangig ist der Aufbau rechtsstaatlicher und effektiver staatlicher Strukturen sowie die Herstellung öffentlicher Sicherheit.

7. *Deshalb fordern wir eine erhebliche Aufstockung der zivilen Aufbauhilfe der Bundesrepublik und der EU.* Darunter fällt auch die dringend gebotene Intensivierung der Polizeiausbildung. Was die Bundesrepublik und die EU bisher zum Aufbau der afghanischen Polizei beigetragen haben, ist angesichts der Erfordernisse nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dazu gehört auch eine bessere landesweite Koordination der zivilen Aufbauhilfe zwischen den beteiligten Staaten, internationalen Organisationen und der afghanischen Regierung, verbunden mit einer strikten Mittelkontrolle.
8. Gleichzeitig muss die Koordination der internationalen Streitkräfte untereinander und mit der afghanischen Regierung dringend verbessert werden. Notwendig ist die *Zusammenfassung der bisher getrennten militärischen Missionen in einem einzigen, kohärenten Mandat für die International Security Assistance Force (ISAF).* Das Nebeneinander von ISAF- und OEF-Operationen hat wiederholt zu politischen und militärischen Abstimmungsproblemen und zu vermeidbaren Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt. OEF gefährdet den Erfolg von ISAF. Wir fordern die Bundesregierung auf, entsprechend aktiv zu werden und lehnen eine Verlängerung des OEF-Mandats für Afghanistan durch den deutschen Bundestag ab.
9. Der Afghanistan-Einsatz der internationalen Streitkräfte muss auf einer *klaren völkerrechtlichen Grundlage* basieren, wie sie das UN-Mandat für ISAF darstellt. Das gilt auch für die *Bindung aller militärischen Operationen an die Genfer Konvention.* Guantanamo- und Abu Ghraib-Methoden untergraben die Legitimation der internationalen Truppen insgesamt.
10. Geboten ist auch eine *Revision der militärischen Strategie* mit dem Ziel, zivile Opfer soweit irgend möglich zu vermeiden. Wir fordern deshalb die Einstellung von Luftangriffen, bei denen nicht strikt zwischen militärischen und zivilen Zielen getrennt werden kann. Im Gegenzug muss allerdings die Operationsfähigkeit der ISAF-Truppen am Boden gestärkt werden, einschließlich einer effektiven Luftaufklärung und der Ausrüstung mit Transportkapazitäten. Der Einsatz der Tornado-Luftaufklärer der Bundeswehr darf nur im Rahmen des UN/ISAF-Mandats erfolgen.
11. Parallel zu den zivilen und militärischen Anstrengungen müssen die *diplomatischen Aktivitäten* vor allem gegenüber Pakistan und Iran verstärkt werden, um sie in eine konstruktive Stabilitätspolitik für Afghanistan einzubinden. Jeder Fortschritt in Afghanistan ist gefährdet, so lange die Taliban und Al Kaida den Nordwesten Pakistans als Operationsbasis nutzen können und der Drogenhandel nahezu ungestört die Grenzen passieren kann. Auch das Nachbarland Iran spielt eine wichtige Rolle für die Entwicklung Afghanistans. So sehr das iranische Regime versucht, seinen Einfluss auszubauen, so wenig ist es an einer erneuten Machtübernahme der Taliban interessiert. Daran muss die Diplomatie der EU und der USA ansetzen.
12. Ein verstärktes Engagement der demokratischen Staatenwelt in Afghanistan kann die *Eigenverantwortung der afghanischen Politik, Verwaltung und Gesellschaft* nicht ersetzen. Rechtsstaatlichkeit, transparenter Umgang mit Hilfsgeldern und kompetentes

Regieren sind Forderungen, von denen die weitere Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft abhängig gemacht werden sollte. Bundesregierung und EU müssen alle Initiativen unterstützen, die auf innere Aussöhnung und Zusammenarbeit im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung Afghanistans abzielen. Wer bereit ist, die Waffen niederzulegen und sich am demokratischen Prozess zu beteiligen, sollte die Chance dazu bekommen.

13. Das militärische Engagement der internationalen Staatengemeinschaft in Afghanistan kann nicht auf Dauer angelegt sein. Deshalb muss ein vorrangiges Ziel sein, dass die öffentliche Sicherheit innerhalb der nächsten drei Jahre maßgeblich von der einheimischen Armee, Polizei und Justiz getragen wird. Am Ende dieses Zeitraums, also im Herbst 2010, sollte eine internationale Afghanistan-Konferenz Bilanz ziehen und über das weitere Vorgehen entscheiden.
14. Die Bundesdelegiertenkonferenz appelliert an die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, ihre Entscheidungen in dieser Sache auf der Basis dieses Beschlusses zu treffen.
- 15.

Unterzeichner/innen (Stand 4.9.2007):

Daniel Cohn Bendit, MdEP, KV Frankfurt
Rebecca Harms, MdEP, KV Lüchow-Dannenberg
Michael Cramer, MdEP, KV Berlin Neukölln
Friedrich-Wilhelm Gräfe zu Baringdorf, MdEP, KV Herford
Milan Horacek, MdEP, KV Erfurth
Gisela Kallenbach, MdEP, KV Leipzig
Cem Özdemir, MdEP, KV Ludwigsburg
Heide Rühle, MdEP, KV Böblingen
Helga Trüpel, MdEP, KV Bremen-Mitte
Krista Sager, MdB, Hamburg-Mitte
Dr. Thea Dückert, MdB, KV Oldenburg-Stadt
Katrin Göring-Eckardt, MdB, KV Gotha
Anja Hajduk, MdB, KV Hamburg-Nord
Birgitt Bender, MdB, KV Stuttgart
Jerzy Montag, MdB, KV München
Dr. Uschi Eid, MdB, KV Nürtingen,
Rainer Steenblock, MdB, KV Pinneberg
Christine Scheel, MdB, KV Aschaffenburg-Land
Priska Hinz, MdB, KV Lahn-Dill
Omid Nouripour, MdB, KV Frankfurt/M.
Kerstin Andreae, MdB, KV Freiburg
Undine Kurth, MdB, KV Quedlinburg-Wernigerode
Margareta Wolf, MdB, KV Groß-Gerau
Elisabeth Scharfenberg, MdB, KV Hof
Ralf Fücks, KV Bremen-Mitte
Winfried Kretschmann, MdL, KV Esslingen
Theresia Bauer, MdL, KV Heidelberg
Hermann Kuhn, MdBB, Bremen-Mitte
Helmut Lippelt, KV Hannover
Hartmut Bäumer, KV Berlin-Pankow
Simone Maas, KV Erfurt
Rainer Daams, KV Solingen
Jan Kerstan, KV Hamburg-Bergedorf
Frank Kaufmann, KV Offenbach-Land
Sarah Sorge, KV Frankfurt
Jürgen Frömmrich, KV Waldeck-Frankenberg

Martin Häusling, KV Schwalm-Eder
Dieter Janecek, KV München
Michael Daxner, KV Potsdam
Marie Luise v. Halem, KV Potsdam